

Mit Biosprit in die Armut?

Warum die EU-Pläne für Biokraftstoffe katastrophale Folgen für arme Menschen haben könnten

1. November 2007

Der Weg zu nachhaltigem Verkehr?

Im März 2007 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen Fahrplan für erneuerbare Energiequellen in Europa verabschiedet. Darin steht, unter anderem, dass 2020 in den EU-Mitgliedsstaaten mindestens zehn Prozent der Kraftstoffe im Verkehrssektor aus nachwachsenden Rohstoffen stammen müssen - sogenannte Biokraftstoffe.¹ Das ist ambitioniert, denn soviel lässt sich innerhalb der EU-Grenzen wohl kaum produzieren. Viel wird aus Entwicklungsländern importiert werden müssen - ein regelrechter Boom zur Ausweitung der Produktion dort hat bereits begonnen. Auf der Strecke bleiben dabei insbesondere die in Armut lebenden Menschen in diesen Ländern, die durch Vertreibung, Ausbeutung und steigende Nahrungsmittelpreise existenziell bedroht sind - und damit sozusagen die Folgekosten einer vordergründig nachhaltigen Energieversorgung in der EU zu tragen hätten. Dies zu vermeiden ist Aufgabe der Europäischen Kommission, die nun verbindliche Umwelt- und Sozialstandards für die Produktion der importierten Biokraftstoffe festlegen muss. Sollte sich herausstellen, dass das Zehn-Prozent-Ziel nicht auf nachhaltige Weise erreicht werden kann, muss es angepasst oder gar fallengelassen werden..

Außer dem Zehn-Prozent-Ziel selbst hat der EU-Rat im März auch beschlossen, dass es *nachhaltig* erreicht werde. Daraufhin hat die Kommission eine Definition von Nachhaltigkeit vorgeschlagen, die zwar einige (mithin unzureichende) Prinzipien zum Umweltschutz, aber keine zu sozialen Aspekten beinhaltet.² Das Europäische Parlament hat seinerseits im September eine Stellungnahme abgegeben, in der ein Zertifizierungsprogramm vorgeschlagen wird, das sicherstellen soll, dass Biokraftstoffe „nicht unmittelbar oder mittelbar ... soziale Probleme wie steigende Nahrungsmittelpreise und Vertreibung von Menschen verursachen“.³ Derzeit arbeitet die Kommission am Entwurf für eine Gesetzesvorlage, der voraussichtlich im Januar 2008 vorliegen wird und klarstellen soll, was „nachhaltige“ Biokraftstoffe als solche auszeichnen soll und welche Fördermechanismen für ihre Verbreitung zur Verfügung stehen.

Zehn Prozent! - Schön, aber woher?

Biokraftstoffe sind flüssige Kraftstoffe, die aus organischem Material hergestellt werden, ganz überwiegend aus Energiekulturen. Man vermischt sie meist mit fossilen Kraftstoffen und kann dann damit normale Automobile betreiben. Äthanol aus stärke- bzw. zuckerreichen Pflanzen wie etwa Mais und Weizen oder Zuckerrohr und Zuckerrüben ersetzt dabei handelsübliches Benzin. Biodiesel eignet sich als Dieselerersatz und wird meist aus Ölsaaten wie Raps oder Ölpalmen gewonnen.

Einer der Gründe der EU, den Einsatz von Biokraftstoffen zu fördern, ist die Hoffnung, damit den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase wie etwa Kohlendioxid zu verringern. Das entsteht zwar auch bei der Verbrennung von Biosprit, aber nur in dem Maße, wie es vorher während des Pflanzenwachstums aufgenommen wurde. Soweit die Theorie. Tatsächlich verbrauchen Anbau und Ernte, Verarbeitung und Veredelung, außerdem der Transport bis zur Zapfsäule, große Mengen Energie, die in der Regel aus fossilen Energieträgern stammt. Die Anbauflächen entstehen häufig durch Kahlschlag und Brandrodung gewaltiger Waldflächen, was ebenfalls erhebliche Mengen an Treibhausgasen freisetzt. Ob also tatsächlich Emissionen verringert werden, hängt von den konkreten Produktionsbedingungen ab. Mithin kann es 50 bis 100 Jahre dauern, bis die Gesamtbilanz einer Biosprit-Produktion zu Netto-Einsparungen an Treibhausgasen führt⁴. Zum Klimaschutz eignet sich Biosprit nur unter besonders günstigen Bedingungen.

Ökobilanzen, die diese Bedingungen berücksichtigen, zeigen, dass Biokraftstoffe aus tropischen Rohstoffen bezüglich Kohlenstoffreduktion und Kosteneffizienzen besser abschneiden als solche aus europäischen Rohstoffen.⁵ Trotzdem bevorzugt die EU einheimische Rohstoffe mittels eines Systems aus Anreizen, Subventionen, Zöllen und technischen Regeln.⁶ In jüngster Zeit werden die Nachhaltigkeit der derzeitigen EU-Biokraftstoffpolitik und ihre Hintergründe zunehmend in Frage gestellt.⁷

Gegenwärtig decken Biokraftstoffe etwa ein Prozent des EU-weiten Bedarfs an Treibstoffen im Verkehrssektor.⁸ Das Ziel für 2020 bedeutet also eine Verzehnfachung der Nachfrage nach Biokraftstoffen dar.⁹ Soviel Biosprit kann die EU selbst nicht herstellen. Um die Lücke zu schließen, wird die EU aus Entwicklungsländern importieren, auch, weil dort energiehaltigere Pflanzen wie Zuckerrohr und Ölpalmen angebaut werden können, und das auch noch zu geringeren Kosten.¹⁰ Die folgenden Länder gehören zu denen, die am besten geeignet sind, die Lücke zu füllen:

- Malaysia und Indonesien, die zusammen etwa 80 Prozent des Palmöls weltweit produzieren und einen Marktanteil von 20 Prozent des europäischen Biokraftstoffmarkts bis 2009 anstreben;¹¹ und
- Brasilien, das schon heute etwa die Hälfte der Äthanolexporte der Welt tätigt. Brasilien rechnet damit, die Zuckerrohrproduktion in den nächsten sechs Jahren um 55 Prozent zu erhöhen, um die erwartete Nachfrage nach Äthanol aus der EU und den USA zu befriedigen.¹²

Viele andere arme Länder möchten ebenfalls ein Stück des „EU-Biokraftstoff-Kuchens“ – und investieren hoffnungsfroh in einen Ausbau der Produktion. Dem südlichen Afrika wird das Potenzial zugeschrieben, sich zum „Nahen Osten“ der Biokraftstoffe zu entwickeln.¹³ Berichte aus der jüngsten Zeit über das Potenzial für Biokraftstoffe in Tansania schätzen, dass fast die Hälfte der Landesfläche für die Biokraftstoffproduktion geeignet ist;¹⁴ gleichzeitig wirbt die Regierung des Landes um Investitionen seitens europäischer Biokraftstoffunternehmen, z.B. der britischen Firma Sun Biofuels.¹⁵ In Mosambik wurden fast 33 Millionen Hektar – etwa 40 Prozent der Landesfläche – als für den Anbau von Biokraftstoffen geeignet bezeichnet, und Europa wurde als potenzieller Markt identifiziert.¹⁶

Nachhaltig für wen?

Unter den richtigen Bedingungen bietet der Anbau von Biokraftstoffen wichtige Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung, denn die wachsende Nachfrage kann stagnierende landwirtschaftliche Branchen stimulieren und dadurch Arbeitsplätze für Landarbeiter/innen und Märkte für Kleinbäuerinnen und -bauern schaffen.¹⁷ Die erste Biodieselkooperative wurde 2005 in Brasilien gegründet. Sie wendet Methoden der nachhaltigen Landwirtschaft an und hat die Existenzgrundlagen für etwa 25.000 Familien verbessert.¹⁸ Vor Ort produzierte Biokraftstoffe können außerdem für marginalisierte Gemeinschaften den Zugang zu Energie erhöhen – beispielsweise konzentriert sich das brasilianische Sozial-Biodieselprogramm auf die Kraftstoffproduktion für netzunabhängige Stromerzeugung.¹⁹

Leider sind solche Bedingungen, nämlich nationale Regierungsprogramme und Unternehmensstrategien mit klaren Zielsetzungen zugunsten armer und benachteiligter Menschen unter Berücksichtigung ökologischer Belange im entstehenden agro-industriellen Modell die Ausnahme. Stattdessen wetteifern die Akteure in den Entwicklungsländern um den besten Zugang zu den europäischen Märkten – auf Kosten der armen Menschen, die dabei unter die Räder kommen.

Zerstörung von Existenzgrundlagen

Die Abholzung oder das Abbrennen von Regenwäldern und anderer kritischer Ökosysteme, die den Biokraftstoffplantagen weichen müssen, stößt mit Recht auf erhebliche Kritik seitens der Umweltverbände.²⁰ Außerdem drohen Millionen Menschen im Wettrennen um die besten Marktanteile des zukünftigen Biosprit-Geschäfts mit der EU von ihrem Land vertrieben zu werden. Diejenigen, die diesem Risiko am stärksten ausgesetzt sind, gehören zu den ärmsten und am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den betroffenen Regionen. Die Vorsitzende des Ständigen Forums der Vereinten Nationen für Indigene Fragen hat kürzlich davor gewarnt, dass weltweit 60 Millionen Menschen möglicherweise von Vertreibung bedroht sind, um Biokraftstoffplantagen Platz zu machen,²¹ allein fünf Millionen in der

indonesischen Region West-Kalimantan (siehe Kasten). In Kolumbien zwingen paramilitärische Gruppen Menschen unter Waffengewalt, ihr Land zu verlassen, damit darauf Ölpalmen angepflanzt werden können.²² Wer Widerstand leistet, läuft Gefahr verschleppt, gefoltert oder gar ermordet zu werden – die Folge ist eine der schlimmsten Flüchtlingskrisen der Welt.²³ Viele dieser Gewalttaten geschehen in den traditionellen Gebieten indigener Völker oder von Gruppen afrikanischer Abstammung, die ohnehin weitgehend marginalisiert und chancenlos sind. Aber auch in Afrika, zum Beispiel in Tansania, werden ganze Bevölkerungsgruppen zukünftigen Biokraftstoffplantagen weichen müssen.²⁴

Wenn Menschen ihr Land verlieren, verlieren sie ihre Existenzgrundlage. Viele landen schließlich in den großen Slums der Mega-Städte, ohne Chance auf Arbeit; andere werden zu Wanderarbeiter/innen oder gar gezwungen, ausgerechnet auf eben jenen Plantagen, denen sie weichen mussten, unter ausbeuterischen Bedingungen zu schuften.

Fallstudie: Landkonflikte in Indonesien

Die Anbaufläche für Ölpalmen in Indonesien könnte von heute sechs Millionen Hektar auf 20 Millionen Hektar im Jahr 2020 steigen – ein Gebiet, das fast fünfmal so groß ist wie die Niederlande. Oxfams schätzt, dass gegenwärtig etwa 400 dörfliche Gemeinschaften in Auseinandersetzungen über Land verwickelt sind, die mit dem Anbau von Ölpalmen zu tun haben. Eine der Regionen, die die größte Ausweitung der Ölpalmenplantagen erlebt, ist West Kalimantan.

Margaretha Yuniar, 43-jährige Lehrerin aus dem Dorf Kampuh in West Kalimantan wünscht sich für ihre Kinder vor allem eine gute Ausbildung. Sie und ihre Familie entschieden sich 1996, ihr kleines Grundstück für die Anpflanzung von Ölpalmen zu nutzen, um die Ausbildung der Kinder finanzieren zu können. Dafür übergaben sie dem Palmöl-Unternehmen PT Ponti Makmur Sejahtera (PMS) ihre 7,5 Hektar große Parzelle. Im Gegenzug sollten sie zwei Hektar zurückbekommen, um darauf selbst Ölpalmen anzupflanzen. PT PMS würde fünf Hektar behalten und Yuniar und ihrer Familie jedes Jahr fünf Prozent des Nettogewinns auszahlen. Der verbleibende halbe Hektar war für Wohnraum vorgesehen.

Erst sechs Jahre später, im Jahr 2002, erhielt Yuniar nicht zwei, sondern nur eineinhalb Hektar zurück, und nicht von dem Land, das sie ursprünglich übergeben hatte. Dann aber meldete der ursprüngliche Besitzer dieses Grundstücks ebenfalls darauf Ansprüche an, und erlaubte Yuniar und ihrer Familie nicht, von dort Palmöl zu ernten. In der Zwischenzeit war in Indonesien eine lähmende Wirtschaftskrise eingetreten, und PT PMS fusionierte mit dem malaiischen Unternehmen Austral Enterprises Berhad und wurde im Jahr 2005 von Golden Hope, einem der größten Betreiber von Ölpalmenplantagen in Indonesien, übernommen. Keine Chance auf Ausgleich und Entschädigung für Yuniar!

Im Juni 2007 demonstrierten 800 Bauern und Bäuerinnen vor dem Büro des *bupati*, des Gouverneurs des Verwaltungsbezirks, der normalerweise für die Ausstellung der Konzessionen an Unternehmen zuständig ist.

„Etwa 50 Bäuerinnen waren bei der Demonstration“, sagt Yuniar. „Wir kamen mit unseren Kindern. Aus unserem Dorf Kampuh waren neun meiner Freundinnen mit dabei.“

Trotz mehrerer Gespräche und neuer Angebote von Golden Hope ist das Problem des Eigentumsrechts an dem Grund und Boden bislang nicht gelöst worden.

Auch wenn es Menschen gelingt, die Verfügungsgewalt über ihr Land zu behalten, bedrohen die zerstörerischen Anbaumethoden der Plantagen ihre Existenzgrundlagen. Die Bewässerungsmethoden auf den Plantagen können die Wasserknappheit verschärfen. Das erschwert es den Kleinbauern der Gegend, selbst Ackerbau zu betreiben. Böden und Gewässer können durch Abwasser aus den Öl-Mühlen und chemisch verseuchtem Oberflächenabfluss verschmutzt werden, mit katastrophalen

Folgen für die flussabwärts der Plantagen lebenden Menschen;²⁵ die Luft kann durch Agrochemikalien oder das Abbrennen der Felder vergiftet werden.²⁶

Unmenschliche Arbeitsbedingungen

Auf den Plantagen sind die Arbeitsbedingungen teilweise menschenunwürdig. Arbeitskräfte auf Zuckerrohrplantagen in Brasilien werden nach ihrer Arbeitsleistung bezahlt – sie verdienen teils kaum mehr als einen US-Dollar pro Tonne. Dies Akkordsystem benachteiligt Frauen, die körperlich meist nicht in der Lage sind, ebenso viel wie ihre männlichen Kollegen zu ernten. Auch müssen sie sich häufig gleichzeitig um ihre Kinder kümmern und bringen sie daher auf die Plantagen mit – was ihre Erntemengen weiter verringert.

Auf den Ölpalmenplantagen in Indonesien werden Frauen oft in unbezahlte Formen der Arbeit hineingezogen, um ihren Ehemännern zu helfen, deren Produktionsquoten zu erfüllen.²⁷ Diese Arbeit fällt zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben an, wie Versorgung der Kinder, Nahrungsmittelproduktion, Wasserholen und das Sammeln von Brennholz, das allein aufgrund der Größe der Plantagen lange Wege erfordert. In Indonesien werden Frauen auch regelmäßig diskriminiert: sie erhalten geringere Löhne als Männer, mit der Begründung, ihre Arbeit sei angeblich leichter.²⁸ In Malaysia machen Frauen etwa die Hälfte der Belegschaft auf Plantagen aus und werden typischerweise eingesetzt, um gefährliche Herbizide und Pestizide zu spritzen. All zu oft fehlen dabei ordnungsgemäße Ausbildung und Sicherheitsausrüstung, mit ernsthaften Folgen für ihre Gesundheit.²⁹

Mancherorts leben die Arbeitskräfte in erbärmlichen Verhältnissen – ohne Zugang zu sauberem Wasser und oft gezwungen, Lebensmittel und Medikamente zu übersteuerten Preisen bei der Plantage selbst zu kaufen. In manchen Fällen sind die Arbeitskräfte aufgrund aufgelaufener Schulden an die Plantage gebunden, was letztlich eine modernere Form der Sklavenarbeit ist.³⁰ Arbeitsschichten dauern manchmal 12 Stunden, bei Temperaturen von über 30° C – Todesfälle durch Erschöpfung sind keine Seltenheit. 14 Menschen starben so während der Ernten 2004/05 und 2005/06.³¹

Die Arbeiter/innen können häufig keine besseren Arbeitsbedingungen erreichen, weil ihnen das Recht, sich zu organisieren oder Gewerkschaften zu gründen, praktisch verweigert wird. In Kolumbien sind Gewerkschafter/innen der Palmölbranche gefoltert und ermordet worden.³² In anderen Teilen Lateinamerikas wird die Bildung effektiver Gewerkschaften durch einschränkende Gesetze, Einschüchterung und eine generelle Unzulänglichkeit der Arbeitnehmerrechte verhindert.³³

In Indonesien ist die Lage nicht viel besser. Dort stellte der Internationale Gewerkschaftsbund zwar fest, dass es ein gesetzlich anerkanntes Recht auf Bildung von Gewerkschaften gibt, die Gewerkschaftsrechte jedoch in der Praxis durch Einschüchterung sowie langwierige Mediationsverfahren nahezu außer Kraft gesetzt werden, weswegen Gewerkschaften auf illegale Streiks zurückgreifen müssen.³⁴ So hat Musim Mas, ein indonesisches Palmölunternehmen, im vergangenen Jahr als Vergeltungsmaßnahme für einen Streik mehr als 700 Gewerkschaftsmitglieder entlassen, die Arbeitskräfte und 1.000 Familienmitglieder mit Gewalt aus ihren Heimen geräumt und ihre Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen.³⁵

Ausbeutung von Kleinbäuerinnen und -bauern

Etwa 30 Prozent des indonesischen Palmöls wird von Kleinbäuerinnen und -bauern produziert, die Existenzgrundlage für bis zu 4,5 Millionen Menschen. Die meisten sind Menschen aus dörflichen Gemeinschaften und indigenen Bevölkerungsgruppen, die den sich ausweitenden Plantagen weichen und ihr Land hergeben mussten und mit einem zwei Hektar kleinen Stück Land „belohnt“ wurden, auf dem sie selbst Ölpalmen anpflanzen konnten. Diese Kleinbäuerinnen und -bauern sind in Schuldknechtschaft an die Palmölunternehmen gebunden, die die Kredite zur Verfügung stellen, mit denen das Land vorbereitet und die Setzlinge gekauft werden. Die Schulden häufen sich im Laufe der ersten Zeit an, bis die Ölpalmen nach etwa acht Jahren einen Profit abwerfen. Die Ernten müssen die Bauern und Bäuerinnen an die Unternehmen verkaufen, bei denen sie verschuldet sind, auch weil die Ernte innerhalb von 48 Stunden weiterverarbeitet werden muss und die Kleinbauern und -bäuerinnen damit gar keine andere Wahl haben, an wen sie verkaufen. Den Kaufpreis diktiert das Unternehmen, und er hat wenig oder nichts mit dem Marktpreis für Biosprit zu tun. Die Bezahlung findet oft verspätet statt und ist immer wieder durch verschiedene undurchsichtige Abzüge gekürzt.³⁶

Nahrungsmittelsicherheit in Gefahr

Die Produktion von Biokraftstoffen steht im Wettbewerb um Ressourcen mit Nahrungsmitteln und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Ein neuer Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostiziert über das kommende Jahrzehnt weltweite Preissteigerungen für Nahrungsmittel. Die Preise dürften, bezogen auf die letzten Jahre, um 20 bis 50 Prozent anziehen. Biokraftstoffe sind eine der Hauptursachen.³⁷ Höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte könnten, nach jahrzehntelanger Stagnation der globalen Rohstoffmärkte, für einige der Millionen armer Bäuerinnen und Bauern ein Segen sein – aber nur unter entsprechenden Voraussetzungen in einem gerechten Markt.³⁸ Viele werden das Nachsehen haben.

In Armut lebende Menschen haben in der Regel kaum Zugang zu den Chancen auf dem globalen Biokraftstoffmarkt und können daher die Nachteile durch gefährdete Nahrungsmittelsicherheit nicht durch Erwerbsmöglichkeiten im Biosprit-Geschäft ausgleichen. Auf nationaler Ebene sind Länder mit niedrigem Einkommen, die zudem auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, am stärksten gefährdet. Die FAO bezeichnet 82 Länder – davon mehr als die Hälfte in Afrika – als Länder mit niedrigem Einkommen und einem Nahrungsmitteldefizit (Low Income Food Deficit Countries – LIFDCs). In diesen LIFDCs lebt fast zwei Drittel der Weltbevölkerung. Die Länder sind aus unterschiedlichen Gründen auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Manche exportieren landwirtschaftliche Produkte (etwa Palmöl) und importieren Grundnahrungsmittel. In solchen Ländern könnten steigende Exportpreise aufgrund der Nachfrage nach Biokraftstoffen höhere Ausgaben für Importe ausgleichen. Allerdings werden auch in diesen Ländern eben auch diejenigen unter dem Druck höherer Nahrungsmittelpreise zu leiden haben, die an den Erträgen durch steigende Agrarexportpreise nicht beteiligt sind.

Andere LIFDCs sind schon jetzt schlichtweg nicht in der Lage, genügend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf zu produzieren. Die Gründe dafür können in Konflikten, mangelhafter Infrastruktur, geographischen Gegebenheiten oder den

örtlichen klimatischen Bedingungen liegen. Für solche Länder bergen Biokraftstoffe keine Chancen, sondern nur Risiken.

Mit steigender Nachfrage nach Biosprit hängen Nahrungsmittel- und Ölpreise stärker voneinander ab. Die Übertragung der Preisschwankungen von den Energie- in die Nahrungsmittelmärkte lässt auch die Nahrungsmittelpreise stärker fluktuieren. Das Zehn-Prozent-Ziel der EU wird diese Situation verschärfen.³⁹ Große, plötzliche Preisschwankungen können mitunter eine noch größere Gefahr bedeuten als gemächlich steigende Nahrungsmittelpreise. Denn arme Menschen, die manchmal mehr als 50 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, sind weniger als andere in der Lage, Preisschocks zu verkraften.

Fazit: Soziale Prinzipien sind dringend erforderlich

Biokraftstoffe müssen nicht notwendigerweise katastrophale Folgen für arme Menschen im Süden haben – sie sollten vielmehr neue Marktchancen und Möglichkeiten zur Existenzsicherung bieten. Aber das zur Erfüllung des EU-Ziels entstehende agro-industrielle Modell bietet bislang wenig Chancen und viele Risiken. Ohne angemessene Bestimmungen der Regierungen der Export- und Importländer und insbesondere verbindliche Verhaltensregeln für agro-industrielle Konzerne werden die oben skizzierten negativen sozialen Folgen im Zuge des Wettbewerbs weiter verschärft.

Sozialstandards

Die EU hat bereits angekündigt, Umweltstandards für die Biokraftstoffproduktion zu erarbeiten, aber Sozialstandards sind ebenso wichtig - für *sämtliche* Biokraftstoffe jedweder Herkunft. Solche Standards müssen sich an den folgenden Zielen orientieren:

- 1 Alle Arbeitskräfte, Männer wie Frauen, arbeiten unter menschenwürdigen Bedingungen nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).
- 2 Der Anbau von Rohstoffen für Biosprit hat keine schädlichen Auswirkungen für dörfliche Gemeinschaften oder indigene Völker und geschieht nur nach ausführlicher Anhörung der Betroffenen und nur mit deren aktivem Einverständnis.
- 3 Der Umgang mit Kleinbauern und -bäuerinnen ist fair und transparent.
- 4 Das Recht auf Nahrung wird gewahrt.⁴⁰

Die dringend benötigten Prinzipien und Kriterien für die nachhaltige Produktion von Biokraftstoffen sollten in einem Prozess entstehen, der die Beteiligung der Exportländer und insbesondere der Betroffenen vor Ort garantiert, insbesondere die der Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter, Kleinbäuerinnen und -bauern, dörfliche Gemeinschaften und indigene Völker. Die Sozialstandards sollten auch Zertifizierungsmöglichkeiten für Kleinbäuerinnen und -bauern vorsehen, wie Programme zur Gruppen-Zertifizierung.

Die EU muss sicherstellen, dass die Biospritpläne Europas nicht zu Lasten armer Menschen in Entwicklungsländern verwirklicht werden. Die Sicherstellung der

Nachhaltigkeit hat Vorrang vor dem Erreichen des Zehn-Prozent-Zieles, und letzteres sollte nicht als unverrückbar gelten. In einem transparenten und formalisierten Prozess, mit jährlichen Wirkungsanalysen und Untersuchungen der Ernährungssicherheit in den betroffenen Ländern, muss die Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Zehn-Prozent-Zieles regelmäßig überprüft und gegebenenfalls auch revidiert und fallengelassen werden, wenn es nicht auf nachhaltige Art und Weise erreicht werden kann.

Anmerkungen

¹ Grundlage hierfür ist der Energiegehalt. Dies bedeutet, dass zehn Prozent der *Energie* für den Verkehrssektor aus Biokraftstoffen stammen soll, nicht etwa zehn Prozent des Volumens an Kraftstoffen für den Verkehrssektor. Da Biokraftstoffe geringeren Energiegehalt haben, als fossile Energieträger, wird das erforderliche Volumen an Biokraftstoffen zur Erreichung des Ziels mehr als zehn Prozent betragen.

² „Biofuels issues in the new legislation on the promotion of renewable energy“, Beteiligung der Öffentlichkeit, April–Mai 2007, Generaldirektion Transport und Verkehr, Brüssel: Europäische Kommission, 2007.

³ „Bericht über den Fahrplan für erneuerbare Energiequellen in Europa“, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, Rapporteurin: Britta Thomsen, Brüssel: Europäisches Parlament, 2007.

⁴ Meine van Noordwijk, World Agroforestry Center (ICRAF), in: „Indonesian palm oil industry tries disinformation campaign“; http://news.mongabay.com/2007/1108-palm_oil.html

⁵ „An Examination of US and EU Government Support to Biofuels: Early Lessons“, International Food and Agricultural Trade Policy Council, Washington: IPC, 2007.

„Biofuels – at what cost? Government support for ethanol and biodiesel in the European Union“, Global Subsidies Initiative, Genf: International Institute for Sustainable Development, 2007.

„Transport Biofuels“, Postnote number 293, Parliamentary Office of Science and Technology, London: 2007.

Hinweis: Wenn tropische Rohstoffproduktionen Landnutzungsveränderungen wie Abholzung von Wäldern oder Zerstörung von Feuchtgebieten verursachen, haben die daraus produzierten Biokraftstoffe keine positive Auswirkung auf die Emissionsreduktion. Siehe Anmerkung 19.

⁶ „An Examination of US and EU Government Support to Biofuels: Early Lessons“, ebenda

„Biofuels – at what cost? Government support for ethanol and biodiesel in the European Union“, ebenda.

„Biofuels: is the cure worse than the disease?“, Diskussionpapier für den Round Table on Sustainable Development, Paris: OECD, 2007.

„EU and U.S. Policies on Biofuels: Potential Impacts on Developing Countries“, The German Marshall Fund of the United States, Washington: 2007.

⁷ „Biofuels: is the cure worse than the disease?“, ebenda. Für eine prägnante Zusammenfassung der neueren Kritik siehe: www.ipsnews.net/news.asp?idnews=39515 sowie <http://gristmill.grist.org/story/2007/10/10/112525/55>

⁸ „Biofuels Progress Report: Report on the progress made in the use of biofuels and other renewable fuels in the Member States of the European Union“, Brüssel: Europäische Kommission, 2007.

⁹ Zwischen 1994 und 2004 sind die Emissionen im Verkehrssektor in der EU um 32,2 Prozent gestiegen, gemäß einer Analyse der an die UNFCCC übermittelten Daten durch die European Federation for Transport and Environment, siehe http://www.transportenvironment.org/docs/Publications/2006/2006-07_ghg_emissions_transport_eea_analysis_2004.pdf

Der Energieverbrauch des Verkehrsbereichs in der EU wird unter Zugrundelegung eines „business as usual“-Szenarios von 332 Mtoe im Jahr 2005 auf 405 Mtoe im Jahr 2020 ansteigen. Siehe „Communication from the Commission: Action Plan for Energy Efficiency: Realising the Potential“, Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006.

¹⁰ EU-Handelskommissar Peter Mandelson hat kürzlich zu verstehen gegeben, dass die EU ihr Ziel nicht mittels einheimischer Produktion erreichen wird:
www.euractiv.com/en/trade/eu-eyes-imports-quench-biofuels-thirst/article-165289.

Ein neueres Papier der Kommission schätzt, dass die EU 20 Prozent der Rohstoffe importieren müssen, unter der Annahme, dass Technologien der zweiten Generation in kommerziellem Maßstab zur Verfügung stehen. Sollte dies nicht der Fall sein, wird der Importanteil auf 50 Prozent steigen. (Siehe „The impact of a minimum 10% obligation for biofuel use in the EU-27 in 2020 on agricultural markets“, Europäische Kommission: Brüssel, 2007.) Dieser Analyse liegt die Annahme zugrunde, dass bestehende Handelspolitiken, die den Zugang zur EU für Produzentenstaaten mittels Zölle, Subventionen, Anreize und technische Regeln einschränken, weitergeführt werden. Inwiefern Produzentenstaaten im Süden in der Lage sein werden, die europäische Nachfrage nach Biokraftstoffen zu befriedigen, hängt entscheidend davon ab, wie sich diese Politiken entwickeln.

¹¹ „Indonesia: concern grows over palm oil production“, Oxford: Oxford Analytica, 2007.

¹² „Brazil's ethanol slaves: 200,000 migrant sugar cutters who prop up renewable energy boom“, *The Guardian*, 9. März 2007.

¹³ Andrew Owens, CEO von Greenergy bei der Biofuels Markets Africa Conference, 30 November–1 Dezember 2006, Kapstadt.

¹⁴ Zum Beispiel, „Liquid Biofuels for Transportation in Tanzania: Potential and Implications for Sustainable Agriculture and Energy in the 21st Century“, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), 2005.

¹⁵ Siehe www.sunbiofuels.com für Einzelheiten.

Zu Beginn dieses Jahres hat die Regierung von Tansania bekannt gegeben, dass sie mit elf ausländischen Unternehmen über Investitionen in Biokraftstoffe verhandelt. Siehe „Dar to grow bio-fuel crops“, *Daily News*, 12. April 2007, www.dailynews-tsn.com/page.php?id=6364

¹⁶ „The performance of EU-Africa Energy Partnership“, Präsentation des Energieministers von Mosambik beim International Business Roundtable, 'Business Perspectives on the Africa-Europe Energy Partnership', 27.–29. Juni 2007, Hamburg. Siehe www.energypartnership.eu/business/session%201/Minister%20Namburete.ppt

¹⁷ „Sustainable Bioenergy: A Framework for Decision Makers“, New York: UN-Energy, 2007.

¹⁸ „Agribusiness and biofuels: an explosive mixture“, GT Energia do FBOMS, Amigos da Terra Brasil und Heinrich Böll Stiftung, Rio de Janeiro: Amigos da Tera Brasil, 2006.

¹⁹ „The Emerging Biofuels Market: Regulatory, Trade and Development Implications“, New York und Genf: UNCTAD, 2006.

²⁰ Die Ausbreitung von Plantagen für Rohstoffe könnte auch die Zerstörung von biologischer Vielfalt und natürlicher Kohlenstoffsenken wie Regenwälder oder Feuchtgebiete verursachen und dadurch sogar zu erhöhten Kohlenstoffemissionen beitragen. Siehe www.unep-wcmc.org/climate/mitigation.aspx für eine Erörterung dieser Auswirkungen und weitere Literaturangaben.

²¹ <http://mwcnews.net/content/view/14507/235/>

²² „The flow of palm oil Colombia-Belgium/Europe: a study from a human rights perspective“, Fidel Mingorance, Brüssel: Coordination Belge pour la Colombie, 2006.

„Massacres and paramilitary land seizures behind the biofuel revolution“, *The Guardian*, 5. Juni 2007.

²³ In Kolumbien gibt es, nach dem Sudan, die weltweit zweitgrößte Zahl von Binnenflüchtlingen, siehe <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/4444d3ce20.html>

²⁴ „Agrofuels in Africa: the impacts on land, food and forests“, African Biodiversity Network, 2007.

²⁵ „Agribusiness and biofuels: an explosive mixture“, ebenda.

„Greasy Palms: the social and ecological impacts of large-scale oil palm plantation development in South East Asia“, Friends of the Earth, 2005.

²⁶ In Brasilien werden 80 Prozent des Zuckerrohrs nach Abbrennen der Felder geerntet, und der dadurch entstehende Rauch verursacht gravierende Atemwegserkrankungen bei der lokalen Bevölkerung – in einer Gegend von São Paulo steigt während des Abbrennens die Zahl der Krankenhausaufenthalte von Kindern und Jugendlichen mit Atemwegserkrankungen um mehr als 20 Prozent („Agribusiness and biofuels: an explosive mixture“, ebenda).

²⁷ „Greasy Palms: the social and ecological impacts of large-scale oil palm plantation development in South East Asia“, ebenda.

²⁸ „The impacts of oil palm plantations on women“, *Down to Earth* Nr. 74, August 2007.

²⁹ „Oil Palm: From Cosmetics to Biodiesel Colonization Lives On“, World Rainforest Movement, Montevideo: 2006.

³⁰ Bei einer Razzia auf einer Zuckerrohrplantage in der Nähe von Belem hat die brasilianische Regierung kürzlich mehr als 1.000 Männer und Frauen aus der Schuldknechtschaft unter unmenschlichen Bedingungen befreit. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass, trotz der Bemühungen der Regierung, zwischen 25.000 und 40.000 Männer und Frauen in Brasilien immer noch unter sklavenarbeitsähnlichen Bedingungen arbeiten. Siehe http://news.monstersandcritics.com/americas/news/article_1325583.php/Slave_w und www.ilo.org/global/About_the_ILO/Media_and_public_information/Press_releases/lang--en/WCMS_069168/index.htm

Das ILO-Büro in Brasilien verwendet den Begriff „Sklavenarbeit“ als Bezeichnung für ein Verbrechen, das die Freiheit von Arbeitnehmer/innen einschränkt durch i) Zurückhalten von Dokumenten, ii) Anwesenheit bewaffneter Aufseher oder „gatos“, iii) Schuldknechtschaft oder iv) abgelegene Lage, von der aus eine Flucht unmöglich ist.

³¹ „Agribusiness and biofuels: an explosive mixture“, ebenda.

³² „The flow of palm oil Colombia-Belgium/Europe: a study from a human rights perspective“, ebenda.

³³ „Annual Survey of violations of trade union rights“, Internationaler Gewerkschaftsbund, ITUC: Brussels, 2007. Siehe <http://survey07.ituc-csi.org/getcontinent.php?IDContinent=0&IDLang=EN>

³⁴ „Annual Survey of violations of trade union rights“, ebenda.

³⁵ Siehe Berichterstattung der International Union of Food Workers (IUF), zum Beispiel: www.iuf.org/cgi-bin/dbman/db.cgi?db=default&uid=default&ID=3043&view_records=1&ww=1&en=1; und www.iuf.org/cgi-bin/dbman/db.cgi?db=default&uid=default&ID=3106&view_records=1&ww=1&en=1

³⁶ „Ghosts on our Own Land: Indonesian Oil Palm Smallholders and the Roundtable on Sustainable Palm Oil“, Forest Peoples Programme and Sawit Watch, 2006.

³⁷ „OECD-FAO Agricultural Outlook 2007-2016“, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Paris und Rom: 2007.

³⁸ Dies basiert auf der Annahme, dass internationale Preissteigerungen tatsächlich an arme Bauern/Bäuerinnen in Entwicklungsländern weitergegeben werden. Es gibt Gründe für die Annahme, dass dies nicht in jedem Fall geschieht, zum Beispiel aufgrund von unvollkommenen lokalen Märkten, Konzentration von Unternehmen in der Wertschöpfungskette, Abschöpfung der Preissteigerungen durch Zwischenhändler, etc.

³⁹ „Sustainable Bioenergy: A Framework for Decision Makers“, ebenda.

⁴⁰ Das Recht auf Nahrung ist das Recht einer jeden Person auf Zugang zu in Bezug auf Menge und Nährstoffgehalt ausreichende, kulturell akzeptable Ernährung für ein aktives,

gesundes Leben; ein Recht, zu dessen Schutz sowohl der Staat als auch die internationale Gemeinschaft verpflichtet sind.

© Oxfam International November 2007

Dieses Dokument wurde von Robert Bailey verfasst. Wir danken Sandra Lustig (Berlin) für die deutsche Übersetzung. Dieses Dokument ist Teil einer Reihe von Veröffentlichungen, welche die Öffentlichkeit über entwicklungspolitische und humanitäre Themen informieren.

Der Text kann für Kampagnen-, Bildungs- und Forschungszwecke unentgeltlich genutzt werden, sofern die vollständige Quelle angegeben wird. Der Inhaber des Urheberrechts bittet darum, dass ihm sämtliche derartige Nutzungen für Zwecke der Auswertung angezeigt werden. Für die Vervielfältigung unter sonstigen Umständen oder für die Wiederverwendung in anderen Veröffentlichungen oder für die Übersetzung oder Bearbeitung ist unsere vorherige Zustimmung erforderlich, und es können Gebühren anfallen. Senden Sie eine E-Mail an: publish@oxfam.org.uk.

Für weitere Informationen über die in diesem Papier behandelten Themen senden Sie bitte eine E-Mail an: advocacy@oxfaminternational.org.

Die Informationen in dieser Publikation sind zum Zeitpunkt der Drucklegung richtig.

Oxfam International ist ein Verbund von dreizehn Hilfs- und Entwicklungsorganisationen, die in mehr als 100 Ländern mit dem Ziel einer gerechten Welt ohne Armut zusammenarbeiten: Oxfam Amerika, Oxfam Australien, Oxfam Belgien, Oxfam Kanada, Oxfam Frankreich, Oxfam Deutschland, Oxfam Großbritannien, Oxfam Hongkong, Intermón Oxfam (Spanien), Oxfam Irland, Oxfam Neuseeland, Oxfam Novib (Niederlande) und Oxfam Québec. Wenden Sie sich bitte telefonisch oder schriftlich an uns, um weitere Informationen zu erhalten, oder besuchen Sie www.oxfam.org.

<p>Oxfam America 226 Causeway Street, Floor 5, Boston, MA 02114-2206, USA Tel: +1.617.482.1211 E-Mail: info@oxfamamerica.org www.oxfamamerica.org</p>	<p>Oxfam Hong Kong 17/fl., China United Centre, 28 Marble Road, North Point, Hong Kong Tel: +852.2520.2525 E-Mail: info@oxfam.org.hk www.oxfam.org.hk</p>
<p>Oxfam Australia 156 George St., Fitzroy, Victoria 3065, Australien Tel: +61.3.9289.9444 E-Mail: enquire@oxfam.org.au www.oxfam.org.au</p>	<p>Intermón Oxfam Roger de Llúria 15, 08010, Barcelona, Spanien Tel: +34.902.330.331 E-Mail: info@intermonoxfam.org www.intermonoxfam.org</p>
<p>Oxfam-in-Belgium Rue des Quatre Vents 60, 1080 Brüssel, Belgien Tel: +32.2.501.6700 E-Mail: oxfamsol@oxfamsol.be www.oxfamsol.be</p>	<p>Oxfam Ireland Dublin Office, 9 Burgh Quay, Dublin 2, Irland Tel: +353.1.672.7662 Belfast Office, 115 North St, Belfast BT1 1ND, UK Tel: +44.28.9023.0220 E-Mail: communications@oxfamireland.org www.oxfamireland.org</p>
<p>Oxfam Canada 250 City Centre Ave, Suite 400, Ottawa, Ontario, K1R 6K7, Kanada Tel: +1.613.237.5236 E-Mail: info@oxfam.ca www.oxfam.ca</p>	<p>Oxfam New Zealand PO Box 68357, Auckland 1032, Neuseeland Tel: +64.9.355.6500 (Toll-free 0800 400 666) E-Mail: oxfam@oxfam.org.nz www.oxfam.org.nz</p>
<p>Oxfam France - agir ici 104 rue Oberkampf, 75011 Paris, Frankreich Tel: + 33 1 56 98 24 40. E-Mail: info@oxfamfrance.org www.oxfamfrance.org</p>	<p>Oxfam Novib Mauritskade 9, Postbus 30919, 2500 GX, Den Haag, Niederlande Tel: +31.70.342.1621 E-Mail: info@oxfamnovib.nl www.oxfamnovib.nl</p>
<p>Oxfam Deutschland Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin, Deutschland Tel: +49.30.428.50621 E-Mail: info@oxfam.de www.oxfam.de</p>	<p>Oxfam Québec 2330 rue Notre Dame Ouest, bureau 200, Montréal, Québec, H3J 2Y2, Kanada Tel: +1.514.937.1614 E-Mail: info@oxfam.qc.ca www.oxfam.qc.ca</p>
<p>Oxfam Great Britain Oxfam House, John Smith Drive, Cowley, Oxford, OX4 2JY, Vereinigtes Königreich Tel: +44 (0)1865.473727 E-Mail: enquiries@oxfam.org.uk www.oxfam.org.uk</p>	

Oxfam International Secretariat: Suite 20, 266 Banbury Road, Oxford, OX2 7DL, Vereinigtes Königreich
Tel: +44.(0)1865.339100. E-Mail: information@oxfaminternational.org. Website: www.oxfam.org

Oxfam International Kampagnenbüros: E-Mail: advocacy@oxfaminternational.org

Washington: 1112 16th St., NW, Ste. 600, Washington, DC 20036, USA Tel: +1.202.496.1170.

Brüssel: 22 rue de Commerce, 1000 Brüssel, Belgien Tel: +322.502.0391.

Genf: 15 rue des Savoises, 1205 Genf, Schweiz Tel: +41.22.321.2371.

New York: 355 Lexington Avenue, 3rd Floor, New York, NY 10017, USA Tel: +1.212.687.2091.

Mit Oxfam verbundene Organisationen. Die folgenden Organisationen sind mit Oxfam International verbunden:

Oxfam Japan Maruko bldg. 2F, 1-20-6, Higashi-Ueno, Taito-ku, Tokyo 110-0015, Japan

Tel: + 81.3.3834.1556. E-Mail: info@oxfam.jp Website: www.oxfam.jp

Oxfam Indien B55, First Floor, Shivalik, New Delhi, 1100-17, Indien

Tel: + 91.11.26693 763. E-Mail: info@oxfamint.org.in Website: www.oxfamint.org.in

Oxfam-Mitglieder mit Beobachterstatus. Folgende Organisation hat derzeit Beobachterstatus bei Oxfam International und beabsichtigt, Vollmitgliedschaft zu erreichen.

Fundación Rostros y Voces (México) Alabama No. 105 (esquina con Missouri), Col. Nápoles, C.P. 03810

Mexiko, D.F. Tel/Fax: + 52 55 687 3002. E-Mail: comunicacion@rostrosyvoces.org

Website: www.rostrosyvoces.org